

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

13.9.1922 (No. 213)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühr: 6 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Überschwemmung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Konferenz von Vertretern der Landwirtschaft u. des Handels.

Die angekündigte zweite Konferenz im Ministerium des Innern, zu welcher Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen und der berufsmäßigen Vertretungen des Handels eingeladen und auch erschienen waren, fand am Dienstag morgen statt.

Minister Kemmele erläuterte den Zweck der Zusammenkunft unter Wiederholung eines Teiles seiner gestrigen Ausführungen. Es seien auch die Begleiterscheinungen des Kartellgesetzes zu besprechen; dem nächsten Winter müsse man mit Sorge entgegensehen. — In der Montag-Konferenz habe man die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft verlangt, er habe aber schon dort betont, daß man damit Hoffnungen erwecke, die sich nicht erfüllen. — Die Brotversorgung bis Oktober ist gesichert; eine notwendig werdende Erhöhung des Brotpreises um das dreifache ist wirtschaftlich nicht tragbar. Ein soz. politischer Brotpreis ist trotz Einspruchs der Entente nicht zu umgehen. Die badische Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, die Getreideumlage nicht aufbringen zu können. Der bekannte Antrag des Landtages und der Regierung auf Herabsetzung der Umlage ist noch nicht verbeschieden. Es ist uns seitens der Reichsregierung in Aussicht gestellt, daß eine besondere Entschädigung erfolgt, denn die geforderte Umlage können wir einfach in Baden nicht leisten. Es finden in den einzelnen Bezirken noch Aussprachen mit der Landwirtschaft und mit den Vertretern der Gemeinden statt.

Wegen der Eindeckung mit Kartoffeln sollte man nicht von Notwendigkeit besessen sein. Quantitativ fällt die Ernte sicher gut aus. Durch Abschluß von Lieferungsverträgen könnte die Landwirtschaft den Städten entgegenkommen. — In der Zudererteilung müsse man die Waren wieder einführen, wenn die Verteilung durch den Kleinhandel nicht erfolgen kann. Für Mittelstandsküchen, Kindererziehungen seien 200 Millionen Mark vorgesehen, um der größten Not vorzubeugen.

Bezüglich des Handels ist der Hinweis am Platze, daß die so viel bekämpfte Ausländersteuer keine Flucht der Ausländer, wie manche befürchteten, herbeigeführt habe. (Allgemeine Zustimmung.) Man hat es sicher mehr mit Saluta-Ausländern, als mit gebildeten Ausländern zu tun, für welche wir unsere gute deutsche Markt opfern müssen. — Der Minister geheulte dann die häufigen Langvergnügungen in manchen Lokalen, gegen welche mit polizeilichen Maßnahmen eingeschritten werde. Vielfach dienten sie angeblich sogar als Heiratsbüros. — Die gestiegenen Preise bildeten den Gegenstand häufiger Beschwerden; man sollte mit den Preisen auch wieder herabsehen. Der Minister besprach dann noch die Einfuhrverbote für Tabak (man lege jetzt schon auf das entsprechende Decksblatt großen Wert), für Hummer, feines Tafelobst usw. Es sei bedauerlich, daß die Kreise, für welche diese Luxuswaren bestimmt seien, sich nicht den heutigen schlechten Verhältnissen anpassen wollten.

Die Aussprache

war wie gestern eine sehr rege. Zunächst sprach Steinel (Verbandsdirektor der Landeszentrale des badischen Einzelhandels). Da die Feuerungswelle sehr rasch gekommen ist, sind die Schwierigkeiten im Einzelhandel besonders groß. In den Preisen des Kleinhandels nimmt der Käufer zunächst Anstoß, bedenkt aber nicht, wie dieser von den Großhändlern und vom Großhandel abhängig sei. Es sei falsch, wenn man sage, es würde alles zu einem Dollarstand von 2100 verlaufen. Sehr häufig geschähe der Verkauf noch zu einem Dollarstand von 1000. Dem Kleinhandel seien auch erhebliche Nachzahlungen auferlegt worden. Bedner erbringt ziffernmäßige Nachweise, wie einzelne Waren eingekauft waren und welche Preise zuletzt die Lieferanten und Großhändler gefordert haben. Daß diese Aufschläge den Verkauf erschweren, sei selbstverständlich. Für einen Saft Zuder habe man bis zu 3000 M. nachzahlen müssen. Es ist entschieden zu verurteilen, daß Fabrikanten ausländische Währung verlangen. Wir bereiten ein in den Geschäften auszuhängendes Plakat vor, daß Artikel des täglichen Bedarfs nur noch an Inländer abgegeben werden. An dem Wiederbeschaffungspreis müsse der Handel festhalten, wenn er sich nicht aufgeben will.

Ulsberg (Handelskammer Mannheim): Bei der Klage über die Abwälzung der Feuerungskosten vom Fabrikanten auf den Einzelhandel darf man unsere große Kreditnot nicht vergessen. Der Kredit müsse auch bei ausländischen Lieferanten gesucht werden und diese verlangten eben Bezahlung in außerdeutscher Währung. Es gibt auch Lieferanten, welche große Verluste hatten. Die Ausländersteuer war sehr berechtigt. Wir haben dem Kauf durch Ausländer entgegengearbeitet, allein es fanden sich leider auch deutsche Schleppenträger.

Dr. Ullm (Handelskammer Mannheim) dankt dem Ministerium für die Einberufung der Konferenz. Die Reichsregierung sollte sich nicht zur Einführung der Zwangswirtschaft drängen lassen. Industrie und Handel wollten bei einem Ausgleich der gegensätzlichen Interessen an die Grenzen des Möglichen gehen. Bei der Kritik der Ladenpreise solle bedacht werden, daß der Handel sich leicht ausverkauft und dann vor dem Warenmangel steht.

Hg. Weißhaupt (Vad. Bauernverein): Es gibt große Erregung, wenn man die Zwangswirtschaft wieder einführen will. Bedauerlich sei, daß man soviel Weißbrot herstellt; man könnte das Getreide bis zu 85 Prozent ausmahlen und brauchte dann nicht so große Quantitäten Auslandsgetreide einzuführen. Es ist heute ein Luxus, Weißbrot zu essen. Die Getreideumlage muß herabgesetzt und der Umlagepreis hinaufgesetzt werden, zumal die Durchschnittsergebnisse nicht befriedigend sind. — Man bemerkt auch bereits zuviele Kartoffelhändler; da muß Wandel geschaffen werden. Der Verkauf des Obstes stinkt fast vollständig, weil die Frucht zu hoch ist. Ein Zentner Obst, der vom Erzeuger zu 100 Mark verkauft wird, kommt dadurch auf 400—500 M.

Minister Kemmele bemerkt hierzu, daß die Regierung sich wiederholt um Einführung von Staffeltarifen beim Obsttransport bemüht habe, leider vergebens. — Wir haben bei der Erteilung von Handelsverträgen eine sehr scharfe Prüfung vorgenommen. Aber der wilde Handel grassiert stark.

Dr. Schurpp (Handelskammer Heidelberg): Das gänzliche Verbot der Tabakeinfuhr ist nicht begründet. Mit den Sachverständigen sollte darüber gesprochen werden. Zu erwägen wäre die Aufhebung des Brennverbots für Zweifelhaken, da wegen der hohen Frucht sonst das ganze Obst verdirbt.

Meißner (Vad. Landwirtschaftskammer): Der Stand unserer Ernte ist schlecht. Viele Landwirte haben sich zu hohen Preisen Kaufbindungen verschrieben, um eine Produktionssteigerung zu erzielen und sehen ihre Mühen durch das miserable Wetter unbelohnt. Die Kartoffelernte dürfte auch kaum gut ausfallen. Man wird schließlich große Mengen Kartoffeln einsteuern können. Für Saatgetreide soll die Regierung besorgt sein, da das jetzt geerntete Getreide zum Teil nicht keimfähig ist. Die Herabsetzung der Getreideumlage ist notwendig; die Landwirtschaft kann den billigen Brotpreis nicht tragen. Wenn die Gütertarife nicht herabgesetzt werden, geht das Obst ins Ausland. Die Erlaubnis zum Brennen des Obstes sollte die Landwirtschaft erhalten.

Füller (Landbund): Wir regen eine Brotsteuer an, um den Unterschied zwischen Marktpreis und Umlagepreis zu kennzeichnen. Der Milchpreis trägt heute nicht die Produktionskosten. Es ist bedauerlich, daß man dem Bauer mit Gefängnis droht, wenn er keine Milch abliefern. Auch für die Landwirte müssen die Wiedererzeugungskosten gefordert werden. Beim Zuder sollte die Kontrolle ob In- oder Auslandszuder, einsehen.

Hg. Schön (Genossenschaftsverband): Das Vorgehen gegen die Ausländer war richtig. Was der Inländer zuviel bezahlt, entrichtet der Ausländer zu wenig. Die landwirtschaftlichen Verbände müssen große Anstrengungen machen, um Düngemittel kaufen zu können; die Preise steigen vierzehntägig. Schön kritisiert den Anspruch des Reichs Ernährungsministers Jöhres: Die schlechte Ernte sei kein Grund, die Getreideumlage nicht abzuliefern! Bei der Milchversorgung ist zu konstatieren, daß die hohen Viehpreise uns der Milchfische berauben; man müßte einen Stallpreis von 25—26 M. pro Liter haben. In der Fruchtfrage sollte man Baden als Grenzland einschätzen, dann könnte das Obst verhandelt werden. Dem Tabakeinfuhrverbot stimmen wir zu.

Oberregierungsrat Seeger vom Finanzministerium: Die badische Regierung hat schon im Vorjahre in Verbindung mit der sächsischen auf eine Verbilligung der sogenannten Kartoffel-Tarife mit Erfolg gedrängt. Die kleinen Kartoffeln müßten zum halben Gewicht verachtet werden. Für eine Herabsetzung der Obsttarife ist das Finanzministerium auch neuerdings energisch eingetreten; es ist zu hoffen, daß wir Erfolg haben. Auch im Eisenbahnrat müßten ähnliche Anträge gestellt werden.

Popp (Zentrale der fränk. landw. Genossenschaft): Vor 1. Oktober sollten Obstverzeigerungen überhaupt nicht stattfinden, sonst taugt das Obst nichts. — In unserer Gegend ist der Stand der Kartoffeln ein vorzüglicher; wir erhalten eine so gute Ernte wie im Jahre 1917. Nach der Getreideanbaufläche die Umlage zu berechnen, ist nicht möglich, sonst wird kein Getreide mehr gebaut. Die Strohpreise sind um 170 Prozent gestiegen, das ist unerhörte. Man sollte den Getreideumlagepreis an die Strohpreise anpassen. Er, Popp, verstehe, daß man das Brennverbot nicht ohne weiteres aufheben kann, aber

ein großer Teil der Zweifelhaken wird bei der jetzigen Bitterung ungenießbar.

Nathan (Vorstand der Produktenbörse in Mannheim): Die Devisenbestimmungen müssen revidiert werden, damit die Devisenhamsterei aufhört; es darf niemand Devisen bekommen, der sie nicht braucht. Ein Lichtbild bei der Betrachtung der Ernte anderer Länder bietet sich: Die Welternte ist die beste seit vielen Jahren; der kanadische Weizen hat heute den Preis erreicht. Auch der Welt-Roggenpreis ist niedrig. Die Einfuhr nach Deutschland ist allerdings eine Devisenfrage.

Dr. Sturm (Handelskammer Freiburg): Ich möchte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Holzversorgungsfrage lenken. Die Forstverwaltungen müssen dafür sorgen, daß das in den Höhen lagernde Holz heringebracht wird. Bei der Frachtpolitik muß die Hochwertigkeit der Waren eingeschätzt werden. Im Kleinhandel ist auch viel Geld verloren worden; das sollte man bei der Kritik der Verkaufspreise bedenken. Beim Handel mit Zuder haben die Großhändler sich sehr egoistisch benommen.

Dr. Schurpp macht bezüglich des Verbots der Tabakeinfuhr noch darauf aufmerksam, daß die Tabakindustrie bis jetzt für 1 1/2 Milliarden Mark Devisen beschafft habe; der Schmuggel werde nach dem Einfuhrverbot besonders blühen.

Damit war die Aussprache beendet. Der Minister entgegnete in seinem Schlusswort Herrn Schurpp, daß die Tabakindustrie sich auf ein halbes Jahr mit Material eingedeckt habe. Man lasse nur die Luxusfabrikate nicht herein. — Im allgemeinen wiederhole er bezüglich der Getreideumlage, daß die Regierung die Herabsetzung verlangen werde. Die Ernte ist in Deutschland überall schlecht. Auch muß der Preis für das Umlagegetreide hinaufgesetzt werden. — In der Kartoffelfrage könnte beruhigend wirken, daß wir diesmal nicht Kartoffeln aus Norddeutschland zugewiesen bekommen brauchen; es kämen für uns Ober- und Unterfranken in Betracht. Jedenfalls ist die Kartoffelversorgung gesichert. — Trotz des schlechten Wetters dürfen wir nicht darauf eingehen, daß die Zweifelhaken in das Schnapsfaß wandern. Nach dieser Richtung hin läßt sich die Regierung nicht drängen. — Die Preisbildung für Düngemittel ist mit Recht kritisiert worden; hier muß Abhilfe geschaffen werden. — Beim Handel richten sich die Vorwürfe nur gegen die unsoliden Elemente; deren Vorgehen muß bekämpft werden. Dem Lichtbild des Herrn Nathan in bezug auf den guten Ausfall der Welternte möchte er sich anschließen. Wir haben keinen Anlaß, vollständig pessimistisch zu sein. Ein Volk das arbeitsam ist, kann nicht untergehen. P. A.

Der Krieg der Mark mit dem Franken im Saarland.

Von ihrem ständigen saarländischen Mitarbeiter wird die „Reichskorrespondenz Nord-Süd“ geschrieben:

N.-S. Die gegenwärtig herrschende Feuerung im Saargebiet mit ihrer katastrophalen Not hat infolge der Frankenzahlung — der Franken steht zurzeit im Saargebiet auf 125 Mark — Zustände bei einem Teil der Bevölkerung gezeitigt, die jeder Beschränkung spotten, eine Not, die in unzähligen Fällen geradezu zum Himmel schreit. Auf der einen Seite Monatsentloohnen von fabelhafter Höhe, auf der anderen solche Familien, die vor Hunger, Elend und Not nicht mehr aus noch ein wissen. Die unhaltbaren Zustände, welche durch den Zusammenbruch der Mark die Frankenzahlung und die bekannte Annektionspolitik im Saargebiet herbeigeführt wurden, waren dieser Tage Gegenstand eingehender Beratungen der wirtschaftlichen Organisationen. In der Fertigungsindustrie ist es bereits zu einer Regelung gekommen, die geeignet ist, einstweilen die schlimmsten Wirkungen des Zusammenbruchs der deutschen Währung auf ein halbwegs erträgliches Maß herab zu drücken. Man darf erwarten, daß dies auch in allen anderen Zweigen des saarländischen Wirtschaftslebens so rasch wie möglich geschieht.

So einig man sich allerseits darin ist, daß angesichts der unerträglich gewordenen Not so rasch wie möglich eingegriffen werden muß, wenn nicht große wirtschaftliche und moralische sehr wichtige Teile der Bevölkerung gänzlich verelenden sollen, so verschieden sind die Ansichten über das Wie. Die einen halten vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus eine tunlichste Annäherung der Marklöhne und Gehälter an die Frankenzahlung für das richtige, andere sehen alles Heil in der allgemeinen Einführung des Franken. Die erstere Ansicht ist die allein richtige, denn eine allgemeine Einführung des Franken hätte nach übereinstimmender Ansicht aller sachkundigen

digen Beurteiler in verschiedenen Industriezweigen eine große Arbeitslosigkeit zur Folge, welche das Übel nur verschlimmern würde. Man ist mit Recht der Ansicht, daß die allgemeine Einführung des Franken vielleicht im Augenblick geeignet sein mag, die unhaltbare Lage zu bessern, nicht aber auf die Dauer. Sie hätte allerdings die Wirkung, daß ein Ausgleich zwischen dem Überfluß auf der einen Seite und der bittersten Not auf der anderen eintreten könnte, wobei immer noch bestehen bleibt, daß die Einkommen auch bei allgemeiner Frankeneinführung je nach Leistungsfähigkeit der einzelnen Industriezweige sehr verschieden sind.

Außerdem ist der Franken, wenn das bisher nach außen nicht so wie bei der Mark in die Erscheinung trat, innerlich ein geschwächtes Geld. Die weitere politische Entwicklung wird das klar erweisen, es sei denn, daß die Bahnen der heutigen französischen Politik gründlich verlassen und eine Politik der Duldsamkeit Deutschland gegenüber betrieben wird. Das aber ist nach all den bisherigen Erfahrungen nicht zu hoffen, und deshalb ist mit Gewißheit zu erwarten, daß der Franken in absehbarer Zeit ebenfalls ins Gleiten kommt, wenn sich vor den Augen der ganzen Welt herausstellt, daß Deutschland die von Frankreich für den Wiederaufbau verausgabten 90 Milliarden nicht wieder erhitzen kann. Unser Urteil ist ferner begründet mit der Beschaffenheit und innerlich vielfach verzerrten Art des französischen Wirtschaftslebens sowie mit der Tatsache, daß die allgemeine Frankeneinführung das saarländische Wirtschaftsleben dem Wunsche der Regierungskommission entsprechend, in die völlige Abhängigkeit von Frankreich und der französischen Politik bringen würde. Der Franken würde nämlich zur Hinterlegung von Wertpapieren saarländischer Deutscher in franz. Banken führen, um Franken zu bekommen. Die franz. jeweiligen Regierungen kämen dadurch in die Lage, bei gegebener Gelegenheit die Hand auf solche Werte zu legen, das heißt, sie zu beschlagnahmen. Die Anwendung der Reparationsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen gibt ein deutliches Bild von der dem saarländischen Wirtschaftsleben und Vermögen einzelner Saarländer von dieser Seite her drohenden Gefahr. Sie ist besonders groß, da heute feststeht, daß Deutschland nun einmal die franz. Forderungen nicht erfüllen kann. Hier erwidert für die Saarländer eine Gefahr, die heute nur leise angedeutet sei im Zusammenhang mit bereits bekannt gewordenen franz. Plänen, das Saargebiet als Kompensationsobjekt für einen Teil der deutschen Verpflichtungen zu betrachten. Was die innere Schwäche des Franken besonders kennzeichnet, ist die offensichtliche Tatsache, daß sich franz. Finanzkreise bereits auf den Abbau des Franken einzurichten beginnen. Auch im Saargebiet hat man dieselben Beobachtungen gemacht; dort bemühen sich gewisse Finanzinstitute in letzter Zeit sehr, ihre Frankenbestände los zu werden, und in Schweizer-, holländischem und amerikanischem Geld anzulegen.

Die vorstehenden Tatsachen beweisen, daß bei der allgemeinen Einführung des Franken allergrößte Vorsicht geboten ist. Es müssen andere Mittel und Wege gesucht werden, um der gegenwärtigen Not der Marktempfänger wirksam und rasch zu steuern und zwar kann das nur geschehen, durch Angleichung der Marktlöhne und -gehälter an das Einkommen der Frankentempfänger, zu denen die Lehrer im Dienst, die Post- und Eisenbahnbeamten und Bergleute gehören. Die ungeheure Not der Marktempfänger duldet keinen Aufschub mehr. Da und dort spricht man bereits von der Einführung einer eigenen Saarwährung und ist sogar auf den Gedanken verfallen, die Reichsbank solle den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Teil ihres Goldbestandes als Grundstock für die neue Saarwährung zur Verfügung stellen. Das sei der einzige Ausweg, um zu geschädigten Wirtschaftsverhältnissen zu kommen. Daß solche Gedanken überhaupt aufkommen können, ohne daß man sich genügend Rechenschaft gibt, über ihre Durchführbarkeit, ganz abgesehen von den politischen Gesichtspunkten, zeigt den Ernst der Lage und die absolute Unhaltbarkeit der herrschenden Zustände, die in ihrer Gesamtheit betrachtet, sich als Wirkungen einer in der neueren Geschichte einzig dastehenden groß angelegten unmoralisch wirkenden Anreizpolitik darstellen.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Wirth über das Scheitern der Garantieverhandlungen.

Der Berliner Korrespondent des „Matin“ hat den Reichskanzler Wirth gebeten, ihm seine Ansichten über das Scheitern der deutsch-belgischen Verhandlungen auseinanderzusetzen. Reichskanzler Wirth hat folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung hat in vollem, gutem Glauben versucht, den Vorschlägen der Kommission eine konkrete Form zu geben. Sie hat ohne Verzug Besprechungen mit Vertretern der belgischen Regierung begonnen und Vorschläge gemacht, um für Belgien bestimmte Schadensersatzleistungen zu garantieren. Es war dies keine leichte Aufgabe, denn die deutsche Regierung als solche ist nicht im Besitze solcher Garantien. Die Reichsbank hat in lokaler Weise sich hier zur Verfügung gestellt und erklärt, daß sie bereit sei, diese Schadensersatzleistungen zu übernehmen und infolgedessen diese Garantie zu übernehmen, allerdings unter der Bedingung, daß die Zahlungssfrist um 6 Monate verlängert wird. Diese Bedingung war notwendig, weil die Reichsbank, die nach den Handelsgebräuchen geleitet wird und vor allen Dingen die kaufmännische Ehre wahrt, nicht in der Lage sein wird, in einer Frist von 6 Monaten die Summe von 270 Millionen Goldmark zu bezahlen. Die Reichsregierung herbeizuleiten, um eine ergänzende Garantie zu erhalten, Verhandlungen mit der Industrie und deutschen Privatbanken vor, sie wollte außerdem die Verhandlungen mit dem Auslande, besonders mit England, zu einem positiven Ergebnis führen.

Es war daher eine kaufmännische Praxis des Abkommens mit Belgien gefunden, die in Übereinstimmung mit der Entscheidung der Wiedergutmachungskommission stand und wenn alles nach den Handelsgebräuchen abgelaufen wäre, hätte letzten Sonntag bereits ein Vertrag abgeschlossen werden müssen.

Wir hätten alsdann eine sichere Erleichterung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre.

aller Wahrscheinlichkeit nach wäre die Mark gestiegen und hätte Monate hindurch stabil bleiben können. Deutschland hätte die nötigen Maßnahmen für die schwierige Winterzeit treffen können und sich in aller Ruhe auf die Arbeiten der nächsten Konferenz vorbereiten können, von denen der Friede Europas abhängt.

Unglücklicherweise wurde alles in Frage gestellt, weil die belgische Regierung an den Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission sich klammert, die die deutschen sechsmonatigen Schadensersatzleistungen vorgeht. Ich erlaube mir nicht, die Entscheidung der belgischen Regierung zu kritisieren; ich kann sie nur bedauern, weil ich der Meinung bin, daß sie weder unserm Interesse noch dem Europas dient. Ich kann nicht glauben, daß die Reparationskommission sich einem Arrangement widersetzt hätte, das die belgischen Delegierten zufriedenstellend gefunden hätten. Die Kommission hat allerdings noch die Möglichkeit, die belgischen Zweifel zu überwinden, indem sie der Zahlungsfrist zustimmt. Das wäre die einfachste Lösung. Aber man darf keine Zeit verlieren, und jeder Tag, der verstreicht, nimmt uns die Möglichkeit der Reparationen.

Ich hoffe, daß das augenblickliche Scheitern der Verhandlungen mit Belgien nicht eine Krise der Mark hervorrufen wird und daß sich die Lage bald auflöst. Die belgischen Vertreter selbst betonen, daß sie das größte Interesse daran hätten, einen weiteren Sturz der Mark aufzuhalten. Wir legen jedenfalls großen Wert darauf und man muß ohne Verzug handeln. Wir wünschen auch nicht, daß dieser Abbruch endgültig sei. Die Reichsregierung wird alle Arrangements annehmen, die sie vor dem deutschen Volk vertreten kann, des Weiteren wird sie aber auch keine Verpflichtungen eingehen.

die sie, wie sie im Voraus weiß, nicht erfüllen kann und die nicht eine endgültige Lösung des Reparationsproblems herbeiführen.

Eine Note an den Völkerbund.

Der Leiter des deutschen Konsulats in Genf, Legationsrat Dr. Kasse, überreichte heute, laut einer Wolff-Meldung, dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Auftrage der Reichsregierung folgende Note:

Der deutschen Regierung ist aus der polnischen Presse der Wortlaut einer Note der polnischen Regierung an den Völkerbund bekannt geworden, in der die polnische Regierung eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien, Ostpreußen und dem übrigen Deutschland richtet. Hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenschutz allein ein Interesse des Völkerbundes gemäß dem Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 besteht, hat die deutsche Regierung die Ehre, darauf hinzuweisen, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unberechtigt und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptung hervorgeht, was übrigens auch durch das Zeugnis des Herrn Präsidenten Calonder sowie des Herrn Präsidenten Kaadenbeck leicht nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß die Beschwerden der polnischen Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 vorgezeichneten Instanzenwege erledigt werden.

Der Reichspräsident über Oberschlesien.

Bei der Wohltätigkeitsveranstaltung des Oberschlesischen Hilfsbundes am 10. September in der Berliner Staatsoper hielt Reichspräsident Ebert folgende Ansprache:

Zu unserer Reichshälfte haben wir uns heute zusammengefunden. Wir wollen Oberschlesiens denken, des Landes, das als Wahrzeichen deutscher Kultur und deutschen Geistes, seit eingetragt in das politische und staatliche Leben des Reiches, geblüht und nehmend wuchs und blühte, das aus laufend blühend, von Aufständen und Einfällen heimgesucht, treu zu Deutschland hielt und das uns trotzdem durch fremden Wuchspruch entrisen ist. Ein unteilbares Ganzes, wertvoller Besitz sind uns genommen worden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hat trotz aller Demütigungen und Drohungen sich für das Verbleiben beim Mutterlande ausgesprochen. Ohne Recht und Veranlassung, gegen die Stimme des Volkes, fiel die Entscheidung, die Oberschlesien zerriss. Darum müssen wir jetzt alles tun, um den deutschen Brüdern jenseits der neuen Grenze das Leben zu erleichtern. Wir haben uns in langwierigen Verhandlungen mit den Polen auseinandergesetzt, um zu erreichen, was wir uns wieder zu snüpfen und einen dauernden Verfall des zerrissenen Körpers zu verhindern. Es ist nun unsere Pflicht, rechtliche Grundlagen zu schaffen zur Erhaltung deutscher Sprache und deutscher Kultur, in den nunmehr abgetrennten Gebieten. Wir haben gegen die Vergewaltigung, die uns geschah, vor der ganzen Welt Verwahrung eingelegt. Diese Verwahrung wird in der deutschen Geschichte weiterleben. Die Bergwerke und Fabriken Oberschlesiens, die einer fleißigen Bevölkerung Lohn gaben, werden zeigen, was deutsche Schaffenskraft diesem Lande gab. Die deutsche Schaffenskraft ist nicht zu zerschlagen. Sie wird Oberschlesien ihren Stempel aufdrücken. Wir denken heute unserer unveräußerlichen Rechte. Wir werden sie nie vergessen. Aber wir wollen vorwärts schauen. Nicht zu klagen ziemt es uns im Daseinskampf unseres Volkes. Mit allen Kräften wollen wir aufbauen.

Oberschlesien darf unsere ganz besondere Fürsorge erwarten und sie soll ihm gewiß sein.

„Den Oberschlesien zu helfen“ — schloß der Reichspräsident — „hat der Oberschlesische Hilfsbund, der alle Kreise und Schichten unseres Volkes umfaßt, sich zur Aufgabe gestellt. Sein Ruf, den deutschen Bürgern zu helfen, wird im Reich nicht ungehört verhallen. Wir wollen uns aus der gemeinsamen Not emporarbeiten als ein einiges Volk. So lebe Oberschlesien, so lebe Deutschland!“

Einspruch Preußens gegen die Verhandlungen mit Bayern.

Die preussische Regierung hat vor wenigen Tagen an den Reichskanzler eine Beschwerde gerichtet und darüber Klage geführt, daß wichtige Verhandlungen, in denen es sich um die Wahrung einzelstaatlicher Rechte handelte, nur mit einem einzelnen Staat, und zwar Bayern, geführt wurden. Die Beschwerde ist in förmlicher und äußerlich verbindlicher Form gehalten und betont, daß das Preussische Kabinett nicht daran denke, der Reichsregierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, daß es andererseits aber nicht dulden könne, zu einem Bundesstaat zweiten Ranges herabgewürdigt zu werden.

Stresemann gegen die Dolchstoßpolitik.

Der völksparteiliche Fraktions- und Parteivorsitzende Dr. Stresemann hat auf dem ostpreussischen Parteitag der Deutschen Volkspartei eine Rede über die politische Lage gehalten, die mit mancherlei persönlichen Bemerknissen durchsetzt, offensichtlich dazu bestimmt war, für die kommende politische Diskussion einen Aufsatz zu liefern. Von Interesse war hauptsächlich eine Bemerkung, die sich auf die Schuld am Zusammenbruch und an der Revolution bezog.

Dr. Stresemann behauptet, daß das deutsche Volk niemals innerlich schlecht gewesen sei. Wenn es in den Revolutionsjahren erst feilsch zwiespaltig und dann feilsch krank gemorden sei, so sei das zu verstehen, nach den furchtbaren Erlebnissen des Krieges draußen und drinnen, und nach dem Erleben eines jähren Überganges von größter Siegeshoffnung zum völligen Niederbruch. Vergessen wir nicht bei Betrachtung der Novembertage, daß ja gar nicht der Sieg einer starken, im Falle der ungeliebten Revolutionsstimmung, sondern weit eher der Zusammenbruch des Alten schuld an dieser Revolution war, und deshalb nicht diejenigen, die das Banner des Aufstiehs vorantugten, sondern weit eher diejenigen, die nicht die Kraft in sich hatten, ihren geschichtlich gegebenen Platz in diesen stürmischen Tagen zu halten.

Zu der von Reichspolitikern bald totgebrauchten Legende vom Dolchstoß, der auch die Deutsche Volkspartei zum allergrößten Teil bisher treu ergeben war, paßt dieses Bekenntnis nicht sehr gut. Im weiteren Verlaufe seiner Rede betonte Dr. Stresemann die Mitwirkung der Volkspartei bei der Entscheidung der Geheime zum Sturz der Republik und wandte sich dann der Frage der Arbeitsgemeinschaft zu.

Englische Kritik an Frankreichs Saar- und Rheinpolitik.

In einem Artikel der „Daily News“, der an die Wiederernennung Sedecors zum Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes anknüpft, erklärt Wilson Harris, das Saargebiet sei durch und durch deutsch. Eine etwaige Abstimmung im Jahre 1935 werde eine überwältigende Majorität zu Gunsten Deutschlands bringen. Andererseits sei der Völkerbundrat und die Völkerbundsversammlung der irrigen Meinung, daß die Saarbevölkerung bei der Abstimmung unbeeinträchtigt von außen her ihre Überzeugung kundgeben könne.

Gegen eine Verbreiterung der französischen Einflusssphäre an einem anderen Punkt, im Rheinland, wendet sich der „Liberator“. Er sieht in der Absetzung deutscher Beamten im Rheinland ein gefährliches Hindernis für die internationale Verständigung. Jeder Versuch einer deutsch-französischen Annäherung, wie ihn die Berliner Regierung so lange gewünscht habe, werde illusorisch durch die Ausbreitung des französischen Despotismus im Rheinland.

Der Zwischenfall in Oberkassel.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel kommt die Feststellung des Obersten Mag. der vom Justizdepartement mit der Prüfung der in Oberkassel am Tatort gefundenen Munition beauftragt ist, zu folgendem Schluß: Die auf der Straße gefundene Patronenhülse kam von den von der Wille System Colt abgedeckten Augen, die der Sergeant Stoes in der Hand hielt, als er fiel. Die am Tatort gefundene Munition ist von einer Wille des belgischen Kalibers abgefeuert, wie die des Sergeanten Stoes gehörte. Die Schlußfolgerungen führen also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu der Annahme, daß der Sergeant, der infolge eines Streits, den er hatte, in großer Aufregung aus dem Café herauskam, aus Unachtsamkeit die Sicherung seines Revolvers löste, um sich gegen einen etwaigen Angriff zu sichern und so zufällig den belgischen Wachtposten tötete. Als er sich dann über die Schwere seiner Unklugheit und Verantwortung klar geworden sei, hätte er die Waffe gegen sich selbst gewandt. Nach dem „Matin“ ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Man habe noch den Auftrag, einen zweiten Bericht anzufertigen.

Nach dem „Reit Parisien“ kam Mag. in seinem Bericht zu dem Schluß, daß der Zwischenfall durch die Waffe Stoes verursacht worden sei. Diese Waffe sei keine Armeewaffe, sondern eine Kriegserinnerung und Eigentum des Unteroffiziers. Jetzt ist eine Untersuchung im Gange, um festzustellen, wie es möglich ist, daß der Unteroffizier um 3 Uhr morgens außerhalb der Kaserne war. Die Agence Vela meldet: Der Deutsche Vauke, der sich zu jener Zeit des Vorfalls in Oberkassel in dem Café befand, wurde verhaftet und dem Auditor der Festung Armees vorgeführt.

Wie „Deutschland, Deutschland über alles“ entstand.

Hoffmann von Fallersleben's Lied der Deutschen“ ist durch die Kundgebung des Reichspräsidenten zur diesjährigen Verfassungsfeier als Nationalhymne der deutschen Republik anerkannt worden. Im Augustmonat vor 81 Jahren ist dieses ferndeutsche Lied Deutschland über alles als Helgoländer entstanden. Am 28. August konnten wir seinen Geburtsort besuchen. Hoffmann war 1841 nach dem stillen Helfenland gekommen, um sich zu erholen. „Die Einsamkeit tat ihm recht wohl“, erzählt er selbst in seinen Lebenserinnerungen; „ich freute mich, daß ich nach den unruhigen Tagen auch wieder einmal mir gehören durfte. Wenn ich dann so wandelte, einsam auf der Spitze, nichts als Meer und Himmel um mich sah; da ward mir so eigen zu Mut, ich möchte dichten, und wenn ich es auch nicht gewollt hätte.“ So entstand am 28. August 1846 das Lied: Deutschland, Deutschland über alles! Bald darauf besuchte sein Verehrer Julius Campe den Dichter, und von dem weiteren Schicksal dieses Liedes erzählt Hoffmann: Am 29. August spazierte ich mit Campe am Strande. Ich habe ein Lied gemacht, das heißt aber 4 Lieder. Wir gehen in das Erholungszimmer. Ich lese ihm Deutschland, Deutschland über alles, und noch ehe ich damit zu Ende bin, legt er mir die 4 Lieder auf die Brusttasche. Wir beraten, auf welche Weise das Lied am besten zu veröffentlichen wäre. Campe schmunzelt: Wenn es einschlägt, so kann es ein Kleinod werden. Ich schreibe es unter dem Namen der jümmelichsten Tanzmusik ab. Campe liest es ein und wir scheiden. Am 4. September bringt mir Campe das Lied der Deutschen mit der Haydn'schen Melodie in Noten. Dieser erste Druck des Liedes ist heute ganz außerordentlich selten geworden. Die Handschrift mit dem Datum Helgoland, 28. August 41, befindet sich auf der Staatsbibliothek. Das Sonett war das Beste, was Hoffmann je für ein Gedicht erhielt; aber der geistreiche Professor wäre beinahe darum gekommen. Denn als er Helgoland verließ und schon am Strand auf das Schiff wartete, fand seine Wirtin die 4 Goldstücke in einer Schublade, fragte ihn nach und handigte sie ihm in letzter Minute ein, als er sich schon im Boot befand.

In Hamburg wohnte Hoffmann auf der Rückreise einer Freierklärung der Turnerschaft bei, auf der das Lied zum ersten Male gesungen wurde. Der erste Druck war schnell vergriffen.